

# GRÜNE Zeiten Newsletter 3/2009

## Editorial

### WUMS kommt! ... Häh?



Welche Umweltschützer machen so was oder was heißt WUMS? Diese Frage sollen sich nach Vorstellung der GRÜNEN möglichst viele Menschen stellen, und zwar vor und in Zusammenhang mit der Europawahl. WUMS ist die zentrale Botschaft für den Einstieg ins Superwahljahr und findet sich auf allen Materialien - von Plakaten über Programme und Informationsblätter. Eine einfache Botschaft, die sicherlich nicht zu intellektuell ausfällt. Kritiker werfen den GRÜNEN vor, damit das platte Niveau des Wahlkampfs anderer Parteien zu erreichen. Aber es ist der ehrenwerte Versuch, mit einer Parole die eigene Botschaft an die WählerIn zu bringen. Wir sind auf's Gelingen angewiesen und die Chancen stehen gut.

Wir berichten über das Unwort Sichtachsen. Nicht der freie Blick an sich ist problematisch, aber unsere Alarmglocken klingeln, wenn er als Begründung für Baumfällungen an der A 42 wie am Salzmarkt erhalten soll oder gegen einen Aufzug für Behinderte am Willy-Brandt-Platz ins Feld geführt wird. Sorgen machen uns auch die Pläne des WAZ-Konzerns, die Lokalredaktionen im Ruhrgebiet wie in Essen zusammenzulegen. Das letzte bisschen Meinungsvielfalt im WAZ-Konzern soll damit weitestgehend verschwinden. Wenn schon Monopol, dann richtig. Dabei leben die Zeitungen des Konzerns von den Lokalteilen! Vielleicht kann der gemeinsame Protest von LeserInnen und MitarbeiterInnen noch etwas bewirken. Einen Versuch ist es wert!

Viel Spaß bei der Lektüre

Joachim Drell

### GRÜNE fit für das Superwahljahr – Mit WUMS für ein besseres Europa

Das Superwahljahr 2009 hat begonnen. Die Europawahl macht den Anfang. Wir sind die Europartei. Unsere WählerInnen wie unsere Mitglieder sind europäisch eingestellt, was Kritik an Lobbyismus und Fehlentwicklungen einschließt.

Die Kampagne für die kommende Europawahl am 7. Juni beginnt jetzt.

Das kraftvolle und auf den ersten Blick ungewöhnliche Motto der GRÜNEN lautet: „Mit WUMS für ein besseres Europa“. WUMS steht dabei für „**Wirtschaft und Umwelt, menschlich und sozial**“. Das sind die wichtigsten Stichworte sowohl für die Europawahl als auch für alle nachfolgenden Wahlen.

Mit Hilfe des „Green New Deal“ sollen alle wichtigen globalen Herausforderungen wie Klima- und Wirtschaftskrise, soziale Ungerechtigkeit und Friedenspolitik gemeinsam angegangen werden. Dafür stehen die GRÜNEN mit mutigen Konzepten - z.B. durch Investitionen in zukunftsfähige Arbeitsplätze oder in erneuerbare Energien. Auch die Bürger sollen in Zukunft besser in die Politik mit eingebunden werden.

Die Europawahl ist den GRÜNEN im Gegensatz zu anderen Parteien genauso wichtig wie die Kommunal- und Bundestagswahlen. Wir werden inhaltlich die Wahlen gut miteinander verzahnen, denn für uns stehen auf allen Ebenen die gleichen Themen im Mittelpunkt.

Der neue Kommunalwahltermin bleibt umstritten. Die Landesregierung trickst mit dem Wahltermin nach der gerichtlichen Schlappe weiter rum. Mit der Festlegung auf den 30. August als Kommunalwahltermin mutet man den BürgerInnen ohne Not einen zusätzlichen Wahltermin zu, statt die Kommunalwahl gemeinsam mit der Bundestagswahl durchzuführen. Das ist keine geeignete Antwort auf die Politikverdrossenheit vieler, entspricht aber dem massiven Interesse von CDU und FDP, den Wahltermin mit Gewalt so zu legen, dass man eine möglichst niedrige Wahlbeteiligung erreicht.

Die Zukunft ist GRÜN.

## **Internetkampagne 42Millionen.de**

### **Essener GRÜNE beteiligen sich an Protestplattform gegen Kommunalwahltermin 30. August**

Die GRÜNEN beteiligen sich an der Protestaktion gegen den zusätzlichen Wahltermin für die Kommunalwahlen am 30. August. Es handelt sich um eine Netzkampagne, die in Anlehnung an die Annahme, dass dieser zusätzliche Termin die Kommunen 42 Millionen Euro kostet, unter <http://42millionen.de> zu finden ist. →

„42Millionen.de ist eine GRÜNE Antwort auf das neue, durchsichtige Wahlmanöver der Landesregierung“, erklärt GRÜNEN-Sprecherin Julia Kahle-Hausmann. „Immer wieder höre ich, dass der zusätzliche Termin auf Unverständnis stößt. Dabei geht es nicht nur um die zusätzlichen Kosten, sondern auch darum, dass drei Wahltermine innerhalb von dreieinhalb Monaten durchgezogen werden. Das schürt Politikverdrossenheit, schadet der Demokratie und schwächt letztlich durch geringere Wahlbeteiligung die Legitimation der neu gewählten Mandatsträgerinnen und Mandatsträger. Der einzig sinnvolle Wahltermin ist der 27. September, wenn auch der Bundestag gewählt wird.“

Auf dieser 42-Millionen-Seite, die mittlerweile mehrere hundert Mal pro Tag abgerufen wird, sammeln die GRÜNEN u. a. Antworten auf die Frage: Wie könnten die 42 Mio. Euro in den Kommunen sinnvoller ausgegeben werden? „Die Antworten sind vielschichtig – auch für Essen. Wir können uns vorstellen, das Geld für den Schulbereich zu verwenden. Allein die dem Rat vorgelegte Liste weist Projekte in einer Höhe von 70 Millionen Euro aus. 30 Millionen aus dem Konjunkturpaket fließen jetzt zusätzlich in diesen Bereich. Da könnte also wesentlich mehr getan werden.“

### **GRÜNE: Fragwürdiges Kulturhauptstadtprojekt "Parkautobahn A 42" streichen**

Die Essener GRÜNEN lehnen die Beseitigung von Grün und Gehölz zur Schaffung freier Sichtachsen für die Autofahrer am Emscherschnellweg aus ökologischen Gründen ab.

„Die vorhandene Bepflanzung erfüllt wichtige Funktionen. Sie bindet Feinstaub, verbessert das Kleinklima und bietet Lebensraum für viele Tiere. Es kann nicht sein, dass an der Autobahn an Auf- und Abfahrten und an Autobahnkreuzen jetzt Freischnitte erfolgen sollen, die diese Funktion nachhaltig gefährden, nur um Autofahrern die Sicht auf die Städte zu ermöglichen,“ erklärt Vorstandssprecher Thorsten Drewes.

„Es ist grotesk, dass Teile dieses Kulturhauptstadtprogramms mit den enormen Kosten von 40 Mio Euro auch noch ausgerechnet aus Mitteln des „Ökologieprogramms Emscher-Lippe“ (Oepel) bezahlt werden sollen,“ prangert Rolf Fliß, stellvertretender Vorsitzender des Bauausschuss an. „Das Programm soll eigentlich dazu dienen, Naturschutzmaßnahmen umzusetzen und keine Kahlschläge finanzieren.“

GRÜNE halten es stattdessen für erforderlich, die Bepflanzung an der A 42 in den Bereichen zu ergänzen, in denen sie noch lückenhaft ist sowie noch fehlende Lärmschutzeinrichtungen zu vervollständigen und diese auch zu bepflanzen. Mehr Grün auch als Autobahnbegleitgrün tut psychologisch gut und erfüllt gerade im Norden unserer Stadt eine wichtige Funktion, die erhalten und gestärkt werden muss. Deshalb sagen GRÜNE klar Nein zu dem Projekt Parkautobahn A 42 und lehnen diese Planung als unsinnig ab. Mit derartigen unökologischen Projekten wird letztlich die Kulturhauptstadtidee selbst beschädigt.

## **NRZ Lokalteil soll verschwinden**

### **Verkommen die Medien in Essen zum Einheitsbrei?**

Die WAZ Mediengruppe will die Zahl ihrer Redakteure von heute etwa 900 auf 600 verringern. Dort, wo die Westdeutsche Allgemeine Zeitung (WAZ), die Neue Ruhr/Neue Rhein Zeitung (NRZ) oder die Westfälische Rundschau (WR) noch eigenständige Lokalredaktionen haben, sollen diese durch eine lokale Zentralredaktion ersetzt werden. Auch bei uns in Essen, wo heute noch WAZ und NRZ zumindest die Möglichkeit haben, sich mittels konkurrierender Recherche oder Kommentierung um Pressevielfalt, Streitkultur und politische Willensbildung verdient zu machen, droht künftig eine Einheitsberichterstattung.

Und keine Konkurrenz, nirgends. Der Versuch der taz, die monopolisierte Presse-landschaft an der Ruhr durch eine Regionalausgabe aufzubrechen, ist genau so gescheitert wie die NRW-Ausgabe der Süddeutschen Zeitung. Und das Online Portal „*Wir im Westen*“ verbreitet im Wesentlichen, was man so auch in WAZ und NRZ lesen kann. Wie kann in einer so strukturierten Öffentlichkeit Streitkultur entstehen? Wie können Themen jenseits des mainstreams den Weg in die Zeitung finden? Was bedeutet der Personalabbau für die lokale Berichterstattung? Der Verlust von Pressevielfalt ist letztlich auch ein Angriff auf die Meinungsfreiheit in einer ohnehin durch den WAZ-Konzern (WAZ, NRZ, Radio Essen) monopolisierten lokalen Medienlandschaft. Es ist nun an den Leserinnen und Lesern von NRZ und WAZ, dem Konzern klar zu machen, dass sie ihre Zeitung in erster Linie wegen des Lokalteils kaufen und Einheitsbrei deshalb zu weiteren Umsatzeinbußen führen dürfte.

## **GRÜNE begrüßen zügige Umsetzung des Konzeptes zum Straßenstrich**

Bei einem Ortstermin konnten sich PolitikerInnen aller Fraktionen aus Sozial- und Ordnungsausschuss darüber informieren, wie das neue Konzept zum Straßenstrich, das der Rat im vergangenen Jahr beschlossen hat, umgesetzt wird. Für die Grüne Ratsfraktion nahmen die Ratsfrauen Christine Müller-Hechfellner und Silva Buttke teil. „Wir begrüßen die zügige Umsetzung der Verlagerung. Der neue Standort sorgt für mehr Sicherheit und soziale Kontrolle für die Frauen sowie bessere Arbeitsbedingungen für die Hilfsorganisationen, die in vergrößerten Räumlichkeiten Gesundheitsberatung, Anlaufstelle und Ausstiegshilfen bieten“, so die sozialpolitische Sprecherin Christine Müller-Hechfellner.

„Die enge Zusammenarbeit des Ordnungsamtes mit der Polizei wird in den ersten Tagen und Wochen mit erhöhter Präsenz dafür sorgen, dass die Verlagerung reibungslos klappt und die Befürchtungen der Anwohnerinnen und Anwohner sehr ernst genommen werden“, ergänzt Silva Buttke.

Besonders gefreut hat die grünen Ratsfrauen, dass die SPD offenbar nun endlich ihren Frieden mit dem neuen Standort geschlossen hat, da auch zahlreiche Rats- und Bezirksvertretungsmitglieder der SPD an dem Termin teilnahmen und sich zufrieden zeigten.

## **Mittel für A52-Ausbau besser in Lärmschutz investieren Salamitaktik rechtlich fragwürdig**

Pressetermin der GRÜNEN am 16.03.09 in Bottrop mit Horst Becker MdL der verkehrspolitische Sprecher der GRÜNEN Landtagsfraktion erklärte dabei:

"Die europäische Gesetzgebung stellt die Gesundheitsvorsorge bei der Luftreinhaltung und dem Lärmschutz immer mehr in das Zentrum des politischen Handelns. Die gesundheitsschädlichen Belastungen mit Feinstaub und Stickoxiden überschreiten in der gesamten Region die Grenzwerte. Gleiches gilt für die Lärmbelastungen. Deshalb gehört der Bau der A52 mitten durch den dicht besiedelten Ballungsraum Ruhrgebiet in den Orkus der Geschichte.

An dieser Stelle muss daran erinnert werden, dass der Neubau der A52 durch eine Straßenmaut finanziert werden sollte und nur aus diesem Grund in den Bundesverkehrswegeplan aufgenommen worden ist. Nachdem aus Studien klar geworden ist, dass eine Straßenmaut zu 50% Verdrängungsverkehr führt, wurde das Projekt im Jahr 2004 in einer einsamen Entscheidung durch das Bundesverkehrsministerium in die Finanzierung aus Bundesmitteln übernommen. Örtliche Bundestagsabgeordnete von CDU (Königshofen) und SPD (Bruckmann) haben dies in "Hinterzimmer-Politik" seinerzeit durchgesetzt.

Die nun von Straßen.NRW vorgenommene Abschnittsbildung für den Neu- und Ausbau der A52 ist hierbei besonders perfide und dient nur dem Ziel, unumgängliche

Fakten zu schaffen. Die Bürgerinnen und Bürger aller betroffenen Städte haben ein Anrecht darauf zu wissen, wie das gesamte Projekt realisiert werden soll. Die jetzigen Planungen für den Bottroper Teilabschnitt sind zu stoppen und durch eine Gesamtplanung zu ersetzen. Die Auswirkungen auf die Umwelt, die Auswirkungen für die Belastung der Luft mit Schadstoffen und die Lärmauswirkungen sind für die gesamte Ausbauplanung vom Autobahnkreuz Essen-Ost bis zur Anschlussstelle Gelsenkirchen Buer-West durchgängig zu ermitteln und darzustellen.

Unabhängig von diesen Forderungen ist festzuhalten, dass die Grüne-Landtagsfraktion die Pläne für den Neubau der EU-Transitautobahn A52 ablehnt, weil das gesamte Projekt umwelt- und klimapolitisch eine Katastrophe ist. Die Mittel für den A52-Ausbau sollten konsequent für Investitionen in Lärmschutzmaßnahmen an der B224 sowie an der A2 umgeschichtet und eingesetzt werden.

Das von der Landesregierung durchgeführte Stückwerk bei der Einrichtung der Umweltzonen im Ruhrgebiet mit dem Ergebnis, dass anstelle einer einheitlichen Umweltzone ein Flickenteppich mit einem riesigen bürokratischen Aufwand entstanden ist, passt in das Bild der autofixierten Verkehrspolitik der schwarz-gelben Landesregierung. Während hunderte von Millionen Euro in den Ausbau des Straßennetzes fließen, müssen die öffentlichen Verkehrsmittel dramatische Einschnitte bei den Zuschüssen mit der Folge von Leistungskürzungen und Preiserhöhungen umsetzen.

Horst Becker, Verkehrspolitischer Sprecher  
Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN  
im Landtag NRW

## **Wieder Chemikalie im Ruhrtrinkwasser Remmel: Bevölkerung einen Monat nicht informiert!**

Am 24. Februar haben Routineuntersuchungen aufgedeckt, dass bis zu vier Tonnen gefährliches Sulfolan in die Lenne und von da aus in die Ruhr geleitet wurde. Dazu erklärt Johannes Remmel MdL, Parlamentarischer Geschäftsführer und umweltpolitischer Sprecher:

"Das jüngste Beispiel an Lenne und Ruhr zeigt, dass Umweltminister Uhlenberg das notwendige Krisenmanagement zur Reinhaltung der Flüsse im Land noch immer nicht im Griff hat. Bereits vor mehr als drei Wochen wurde die Chemikalie gefunden, und noch immer wurde die Bevölkerung nicht informiert. Allein einem Zufall ist zu verdanken, dass der Vorfall nun an die breite Öffentlichkeit gelangt ist. In der Zwischenzeit haben die Menschen jedoch das belastete Trinkwasser weiter getrunken, weil dieser Stoff offensichtlich nicht herausgefiltert werden kann.

Offensichtlich sind auch die Trinkwasserversorger nicht rechtzeitig gewarnt worden, so dass sie noch hätten eingreifen können. Drei Jahre nach dem Bekanntwerden von PFT in der Ruhr, den Vorkommnissen um TOSU und der andauernden Problematik mit Komplexbildnern gelangt mit Sulfolan wieder eine Chemikalie direkt aus Lenne und Ruhr ins Trinkwasser. Uhlenberg hat anscheinend immer noch nicht begriffen, dass die Ruhr der größte Trinkwasserfluss Deutschlands ist, und dass er endlich klare Ge- und Verbote erlassen muss, um die Gesundheit der Menschen zu schützen.

Nur so kann die Einleitung von giftigen und gefährlichen Stoffen durch Industrie- und Gewerbebetriebe unterbunden werden.

Dazu gehört auch, den Ruhrverband als Kläranlagenbetreiber nicht länger mit Samthandschuhen anzufassen, sondern ihn für die Reinigung der Abwässer bzw. des Verstopfens der Einleitungsquellen in die Pflicht zu nehmen.

Noch immer gibt es kein Kataster, das über die regelmäßigen Einleitungen der Firmen entlang der Flüsse informiert, und noch immer scheint es keinen Notfallplan zu geben, der im Falle eines Falles alle wichtigen Institutionen, insbesondere die Trinkwasserversorger und die Bevölkerung, schnell und umfangreich informiert.

Nach wie vor ist der Minister als Verbraucherschützer ein Totalausfall!"

## **GRÜNE für Bäume am Salzmarkt**

GRÜNE sprechen sich gegen Planungen der Verwaltung aus, durch Baumfällungen\* auf dem Salzmarkt eine Blickachse auf den Kennedyplatz zu schaffen. Dazu erklärt Fraktionssprecherin Hiltrud Schmutzler-Jäger:

„Ich halte es für völlig widersinnig, auf einem sehr gut funktionierenden, individuell gestalteten Platz wie dem Salzmarkt Baumfällungen zur angeblichen Steigerung der Aufenthaltsqualität vorzunehmen. Dieser Platz funktioniert gerade aufgrund der vorhandenen Bäume sehr gut - zudem will nicht jede/r im Sommer der prallen Sonneneinstrahlung ausgesetzt sein. Betonplätze sind in ausreichender Anzahl in der Innenstadt vorhanden!

Absurd erscheint mir die Idee, durch die 2 weiteren Baumfällungen eine bessere Sichtachse auf den Kennedyplatz und vom Kennedyplatz auf den Salzmarkt zu schaffen. Der AK Planung der GRÜNEN hat auf dem Salzmarkt einen Termin vor Ort durchgeführt und ist sich einig gewesen, dass wir diesem Vorhaben nicht zustimmen können. Bis heute liegen zwar keine konkreten Pläne vor, aber es gilt, derartige Überlegungen von vornherein zu stoppen.“

\* es handelt sich um 4 Platanen auf dem Salzmarkt und zusätzlich 2 auf dem Kennedyplatz.

## **Protest gegen RWE-Atompolitik vor dem Rathaus–Grüne-OB-Kandidatin lehnt Atomkraftwerke nachdrücklich ab**

Im Mittelpunkt des Protests vor der Ratssitzung am 4.3.09 stand die Aufforderung an Oberbürgermeister Reiniger, sich als Mitglied des RWE-Aufsichtsrates gegen dieses besondere atomare Risiko Belene auszusprechen

Selbst äußerst stürmisches Wetter konnte die Proteste gegen den geplanten Bau des Atomkraftwerks im bulgarischen Belene durch den Essener Energieriesen RWE nicht stoppen! Das AKW gilt bei Kritikern und Fachleuten als eines der gefährlichsten Atomprojekte in Europa, da es mitten in ein Erdbebengebiet gebaut werden soll.

Dem Protest, dem sich neben Umweltschutzorganisationen wie Greenpeace und Urgewald, auch andere Interessengruppen wie Attac und Campact, sowie mit Bündnis

90/DIE GRÜNEN und den Linken auch politische Parteien anschlossen, richteten sich am gestrigen Mittwoch vor dem Essener Rathaus speziell gegen und an Oberbürgermeister Wolfgang Reiniger. CDU-Mann Reiniger entscheidet als Aufsichtsratsmitglied aktiv über den Bau des AKWs in Belene mit.

Aus diesem Grund wollten die Atomkraftgegner dem OB über 22.000 Protestkarten („gelbe Karten“) überreichen und ihn zu einer persönlichen Stellungnahme herausfordern. Während Reiniger dies erneut ablehnte, stellte sich die GRÜNE Oberbürgermeisterkandidatin Hiltrud Schmutzler-Jäger den Fragen der Umweltschützer. Sie sprach sich sowohl entschieden gegen den AKW-Neubau in Bulgarien, als auch gegen die Nutzung von Atomkraft im Allgemeinen aus und warnte ausdrücklich vor einem Ausstieg aus dem Atomausstieg. Zusätzlich ermutigte Frau Schmutzler-Jäger die Menschen sich an den zukünftigen Protesten zu beteiligen.

Im Rat selbst gab Reiniger bei der entsprechenden Debatte auf Nachfrage der GRÜNEN keine klare Antwort bezüglich seiner Position zu Belene und verwies darauf, dass der Aufsichtsrat noch prüfe, ob der Bau erfolgen solle und noch keine Entscheidung getroffen wurde. Merkwürdigerweise äußerte sich im Rat außer den GRÜNEN niemand zu dem

Thema. Weitere Protestaktionen der Umweltaktivisten sind in den nächsten Tagen u.a. in Dortmund und Mülheim an der Ruhr geplant sowie am 22.4. zur RWE-Jahreshauptversammlung in der GRUGA-Halle von 8.00 bis 10.00 Uhr.

Hier zwei links zum RWE Protest

[http://www.gruene-bundestag.de/cms/energie/dok/273/273794.widerstand\\_gegen\\_rweatomplaene\\_waechst.html](http://www.gruene-bundestag.de/cms/energie/dok/273/273794.widerstand_gegen_rweatomplaene_waechst.html)

<http://www.urgewald.de/index.php?page=12-176-609&bp=>

## **Konzernziel Umweltschutz**

### **CDU und GRÜNE begrüßen das Energie- und Klimaschutzkonzept**

Der CDU Fraktionsvorsitzende und OB-Kandidat Franz-Josef Britz und die GRÜNE Fraktionsvorsitzende und OB-Kandidatin Hiltrud Schmutzler-Jäger sind sich darüber einig, dass die im Rat zur Entscheidung anstehende Ratsvorlage zur Umsetzung des integrierten Energie- und Klimaschutzkonzeptes ein weiterer, wichtiger Meilenstein auf dem Weg zu einer zukunftsfähigen und klimafreundlichen Stadt Essen ist.

Vor erst knapp einem Jahr wurde die Verwaltung - auf der Grundlage zahlreicher politischer Initiativen der Fraktionen und Gremienbeschlüsse - zur Erstellung eines Energie- und Klimaschutzkonzeptes beauftragt, dem jetzt weitere Bausteine folgen sollen.

Dabei verfolgt die Stadt Essen schon seit vielen Jahren aktiv eine nachhaltige Energie- und Klimaschutzstrategie. So hat sich die Stadt Essen frühzeitig dem Städtetzwerk, Klima-Bündnis/Alianza del Clima e.V. mit dem Ziel angeschlossen eine Minderung der CO<sub>2</sub>-Emissionen zu erreichen und ist am 29. März 1993 offiziell in den Verein Klima-Bündnis/Alianza del Clima e.V. aufgenommen worden. Im Jahre 1998 startete der „Lokale Agenda21-Prozess“ in Essen. 2001 wurden vom Rat der Stadt Essen „Leitlinien für eine zukunftsfähige Entwicklung in Essen“ und am 28.02.2007 das „Konzernziel Umweltschutz“ verabschiedet. Damit hat sich die Stadt Essen insbesondere dem Ziel der Senkung des Energieverbrauchs und der CO<sub>2</sub>-Emissionen verschrieben.

Die Arbeit an diesem Konzept wurde laufend von der Energie- und Klimakommission begleitet, der 13 Vertreter und Vertreterinnen der Fraktionen angehören und welche die künftige Umsetzung - neben dem Controlling des Konzeptes durch die Verwaltung – ebenfalls begleiten soll. Aufbauend auf bisherigen Aktivitäten haben die Unterarbeitsgruppen aus allen Bereichen des Konzerns Stadt einen umfangreichen Katalog neuer Maßnahmen entworfen sowie bewährte Maßnahmen aktualisiert und fortgeschrieben. Insgesamt wurden 160 Maßnahmen formuliert, die in den nächsten 5 Jahren von den städtischen Dienststellen und Unternehmen umgesetzt werden sollen. Von besonderer Bedeutung sind die übergreifenden Maßnahmen, mit denen besondere Impulse für den Klimaschutz ausgelöst werden sollen.

CDU und GRÜNE sind sich einig: „Es gibt noch viel zu tun – wir machen uns auf den Weg!“

Heribert Piel und Hiltrud Schmutzler-Jäger

### **CDU und Grüne fordern mehr Unterstützung für Kulturhauptstadtprojekte in den Stadtteilen**

CDU und Grüne wollen die Stadtteile stärker am Kulturhauptstadtprogramm der Stadt beteiligen und dazu den Bezirksvertretungen einen Betrag von 135.000 € aus den Landesmitteln für die Kulturhauptstadt 2010 zur Verfügung stellen.

Dazu der Fraktionsvorsitzende der CDU, Franz-Josef Britz: Die Kulturhauptstadt 2010 in Essen hätte ihren Auftrag verfehlt, wenn die Essener darin nur Zuschauer eines Großereignisses blieben. Die Möglichkeit, selbst mitzumachen und zu zeigen, was Essen hat, bietet sich vor allem in den Stadtteilen. Hier haben sich bereits etliche Gesprächskreise zur Kulturhauptstadt gebildet. Unsere Vereine, die Chöre und Träger der Breitenkultur wollen ihren Beitrag leisten. Sie alle brauchen aber Planungssicherheit und Ansprechpartner, damit ein gemeinsamer Auftritt in den Stadtteilen möglich wird. Deshalb wollen wir Geld bereitstellen, mit dem die Bezirksvertretungen zusammen mit dem Kulturhauptstadtbüro, dem Kulturbüro und der Essener Marketing GmbH ihre Ideen umsetzen können. Wichtig ist uns, den Bezirksvertretungen mit ihren Kulturbeauftragten die Entscheidung zu überlassen, welche Stadtteilprojekte Unterstützung finden sollen. So kann unnötige Bürokratie vermieden werden und so landen die Mittel unmittelbar bei den Kulturträgern vor Ort. Wenn es gelingt, hier die Zusammenarbeit zu stärken, gewinnen die Stadtteile über die Zeit der Kulturhauptstadt hinaus.“

Die Fraktionsvorsitzende der GRÜNEN, Hiltrud Schmutzler-Jäger: “Dass wir jetzt Gelder aus den Landesmitteln für die Kulturhauptstadt 2010 für Stadtteilprojekte zu Verfügung stellen, war mehr als zwingend notwendig. Denn im Rahmen des Kulturhauptstadtjahres geht es ja nicht allein darum, ein vielfältiges Kulturprogramm vorzustellen, sondern ebenso darum, den – unter anderem organisatorischen und finanziellen Rahmen - zu schaffen, dass sich auch die Menschen und Kulturschaffenden in den jeweiligen Stadtteilen aktiv und kreativ mit einbringen können, um eigene kulturelle Projekte umzusetzen. Zusätzlich kann so auch die Arbeit der freien Träger in den einzelnen Stadtteilen gestärkt werden. Dabei ist das Kulturhauptstadtjahr für uns ein Angebot, die Kreativität in jeder und jedem von uns in Gang zu bringen. Nur so wird es dann auch eine gute Mischung von kulturellen Projekten geben, die nicht nur von oben nach unten, sondern gespeist aus den individuellen Ideen der Aktiven eine nachhaltige gesamtstädtische Wirkung erzielen kann.

Auch in der Information und Beratung sollen Kulturhauptstadtbüro, Kulturbüro und Essener Marketing GmbH gemeinsam tätig werden. In einer Info-Veranstaltung sollen den Bezirksvertretungen die geplanten Essener Kulturhauptstadtprojekte der Ruhr 2010 vorgestellt werden. Außerdem stehen sie den Bezirksbürgermeistern, Kulturbbeauftragten und Verwaltungsbeauftragten in den Bezirken für Gespräche zur Verfügung.

## **Essen Original: Gegen Kürzungsabsichten bei Jugendlichen**

Die Pläne der Essener Marketing-Gesellschaft, das Risiko eines Defizits beim diesjährigen Stadtfestival hauptsächlich auf Kosten von Veranstaltungen für Jugendliche zu begrenzen, stößt bei der Ratsfraktion der Essener Grünen auf sehr deutliche Ablehnung.

Die Fraktionsvorsitzende und OB Kandidatin Hiltrud Schmutzler-Jäger, kritisiert: „Eine solche Entscheidung wäre ein Armutszeugnis für die ‚Großstadt für Kinder‘, die auch die Interessen der Jugendlichen im Blick behalten muss.“ Der Grüne Ratsherr und Mitglied des Aufsichtsrates der Essener Marketing-Gesellschaft Rolf Fliß ergänzt: „Wir wollen junge Leute bei ‚Essen Original‘ eindeutig als Zielgruppe ansprechen und entsprechende Veranstaltungsangebote auch künftig nicht dem Rotstift opfern.“

Probleme im Zusammenhang mit Alkoholkonsum sind leider häufig eine Randerscheinung bei den verschiedensten Veranstaltungen im öffentlichen Raum – denen man allerdings anders begegnen muss, als mit der Streichung sämtlicher Veranstaltungen, die besonders für Jugendliche interessant sind.“

Hiltrud Schmutzler-Jäger argumentiert darüber hinaus: „Gerade jetzt, wo man sehr bemüht darum ist, die nördliche Innenstadt nach vorn zu bringen, ist es eben auch notwendig, dass bei solchen Events wie Essen Original die nördliche Innenstadt weiterhin bespielt wird.“

## **Rolf Fliß – nach einem halben Jahrhundert, ein Geburtstagsinterview**



*Unser Grüner Bürgermeister Rolf Fliß wird gar nicht so selten interviewt oder in Ausschnitten nach seinen Standpunkten befragt. Wer aber ein halbes Jahrhundert an Lebensjahren bestanden hat, davon gut die Hälfte auch als GRÜNER Kommunalpolitiker auf der öffentlichen Bühne aktiv war, der darf sich auch mal Zeit für eine persönliche Rückschau nehmen, die deshalb natürlich noch lange nicht politikfrei ist. Vor dem 50. Geburtstag von Rolf Fliß am 29. März 2009 gab es deshalb ein Geburtstagsinterview, geführt von*

**Walter Wandtke:**

Lieber Rolf, kannst Du dich noch an ein Leben vor der Kommunalpolitik erinnern?

**Rolf Fliß:**

Ja, aber es ist schon ziemlich schwierig, sich daran zu entsinnen. 1984 wurde ich als junger Student in die Bezirksvertretung II – Rüttenscheid, Rellinghausen, Bergerhausen, Stadtwald – gewählt. Eigentlich zu früh, weil ich als Nachrücker für Jürgen Küppers geplant war. Aber aufgrund des guten Wahlergebnisses war ich sofort dabei. Davor gab es Engagement bei der Umwelt- und Friedensbewegung. 1975 kam ich als Schüler des Helmholtz-Gymnasium bei einer Baumpflanzung auf die Bürgerinitiativenarbeit und bin über die „Essener Aktion gegen Umweltzerstörung“ zum VCD ( Verkehrsclub Deutschland) und BUND ( Bund für Umwelt- und Naturschutz) auch zur Essener Fahrrad Initiative (EFI) gekommen.

Und als dann Atomkraftwerke gebaut werden sollten, in Brokdorf, Kalkar und anderswo war ich natürlich zur Stelle, um dagegen zu demonstrieren. Auch auf den großen Demonstrationen der Friedensbewegungen im Juli und Oktober 1981 und 82 war ich in Bonn mit dabei, weil ich mit der Politik von Helmut Schmidt überhaupt nicht zufrieden war.

**Wan.:**

Das war also die Ebene der Bürgerinitiativen. Hast du dich damals isoliert oder verschrien gefühlt, als „Müslifresser“ und was da manchmal für merkwürdige Dinge kamen? Der klassische Spruch: „Der Strom kommt aus der Steckdose“ mit dem RWE und die Atomwirtschaft die vermeintliche Naivität des Kampfes gegen Atomkraftwerke illustrieren wollte, wird dir sicher in Erinnerung geblieben sein?

**R.F.:**

Ja genau, diese ganzen Sprüche kenne ich auch zur genüge. Ich hatte schon sehr frühzeitig politisches Interesse. Der Tag an dem Willy Brandt zurückgetreten war, für den ich viel Sympathie hatte, da hatte ich Tränen in den Augen. Brandt war für mich ein Hoffnungsträger. Der Kniefall von Warschau ist mir unvergessen geblieben. Mit dem Übergang, dem Wechsel vom charismatischen Willy Brandt zum mehr oder weniger intellektuellen Apparatschik Helmut Schmidt, da war mir klar, dass ich eine neue Heimat brauche.

Ich war deshalb auf den ersten Bundesversammlungen der Grünen in Hersel bei Bonn, in Dortmund, auch der ersten konstituierenden Bundesversammlung in Karlsruhe mit dabei. Sehr früh habe ich dabei Josef Beuys erleben können, Baldur Springmann, Adolf Hausleither und Petra Kelly. Diese Begegnungen haben mich schon sehr geprägt.

**Wan.:**

Und trotzdem war es ja so, dass in Essen nicht einfach ein Grüner Kreisverband gegründet wurde, sondern sich sehr schnell zur Kommunalwahl 1984 eine GAL – eine Grün-Alternative-Liste gründete. Das musste doch heißen, es gab zwar eine Menge Leute, die sich zu grünen Ideen hingezogen fühlten, die aber mit der frisch gegründeten Partei „Die Grünen“ noch unzufrieden waren.

**R.F.:**

Richtig, wir nannten uns damals Gallier. In dieser GAL fanden sich damals Frauenbewegte, Graue Panther, Umwelt- und Friedensbewegte und auch einige Grüne Aktivistinnen zusammen. Das Parteibuch war nicht Voraussetzung, um in der Essener GAL, in diesem bunten Haufen, bunte Politik zu machen.

Ich selbst war entsetzt über die Abrissmentalität der damals hier allein regierenden SPD. Ich kann mich noch an die sogenannte Stadtsanierung von Werden und Steele erinnern, wo wunderschöne, intakte, teilweise Jahrhunderte alte Fachwerkhäuser abgerissen werden sollten. Das passte einfach nicht in meinen Kopf. Ich musste auch miterleben, wie Autobahntrassen durch wunderschöne Landschaften geschnitten wurden. Die Sauerlandlinie, die A45, wurde durch mein Ski-Gebiet gebaut. Mein Waldteich im Park der alten Kruppschen Krankenanstalten an der Wittekindstraße fiel zusammen mit zwei schönen alten Trauerweiden dem A52-Ausbau in Rüttenscheid und Bergerhausen zum Opfer. Spätestens hier machte mich diese Schneise der Verwüstung ganz klar zum Grünen.

**Wan.:**

Wenn du schon so früh und aktiv bei den Grünen eingestiegen bist, wie hast du denn dieses Ausmaß an Politik mit deinem Studium zusammengebracht?

**R.F.:**

Da in Essen kein Jura angeboten wurde, studierte ich in Bochum und Köln, war dann aber sehr schnell in ein Planungsbüro übergewechselt, um dort mein Hobby ein bisschen zum Beruf machen zu können. Ich fahre gerne Fahrrad und segle auch gerne. Umweltfreundliche Verkehrsmittel sind mein Thema, und im Zuge der Tourismusförderung im „KV-Planungsbüro“ konnte ich Beruf und Hobby auf geniale Weise miteinander verknüpfen.

**Wan.:**

Lass uns aber noch mal zurück in deine ersten Jahre als Mandatsträger in der Essener Kommunalpolitik schauen. Der Anfang der GAL liegt jetzt schon ein Vierteljahrhundert zurück. Was ist denn für dich gegenüber heute der größte Unterschied zu deinen frühen Erfahrungen als Grün-Alternativer Bezirksvertreter anno 1984? Hast du überhaupt noch eine genauere Erinnerung an deine erste Bezirksvertretungssitzung?

**R.F.:**

Oh ja. Kaum waren Grüne 1984 dabei, dauerten die Sitzungen erst einmal deutlich länger. Waren die Sitzungen ohne die Grünen meistens so bis 18.00/19.00Uhr beendet gewesen, dauerten sie jetzt etwa bis 23.00 Uhr. Das nahm man uns übel. Zweitens stellten wir, weil wir immer sehr fleißig waren und sind, viele Anträge. Über diese Anträge musste natürlich diskutiert werden. In diesen Anfängen wurden diese Anträge jedoch fast immer, eben weil sie von den Grünen kamen, kaputt gestimmt. Dabei gab es von den anderen Parteien oft das Instrument, den Übergang zur Tagesordnung zu beschließen. Das bedeutete für die Sitzung, dass sich SPD wie CDU gar nicht mehr mit unseren Inhalten auseinandersetzen mussten. Dafür kamen unsere Themen dann nach zwei, drei Monaten oft in leicht abgewandelter Form als SPD- oder CDU-Anträge wieder auf die Tagesordnung. Sie wurden quasi durch die Hintertür dann doch beschlossen.

Trotz guter Arbeit so etwas miterleben zu müssen, war frustrierend. Es war aber halt die Zeit, als insbesondere die Sozialdemokraten noch glaubten, der „grün-alternative Spuk“ wäre nach einer Wahlperiode auch wieder vorbei. Aber wie man jetzt weiß, sind wir Grünen hartnäckig, geübt im Bohren dicker Bretter – wir haben uns durchgesetzt.

**Wan.:**

Beim Bohren dicker Bretter gibt es einerseits die reine Sachebene, aber natürlich auch den nicht weniger wichtigen menschlichen Faktor. Wie war denn der persönliche Umgang mit den Kolleginnen und Kollegen der anderen Parteien. Hat man euch ernst genommen, oder hat man von vornherein gesagt, „Schmuddelkinder“, die begrüßt man, aber dann muss auch Schluss sein?

**R.F.:**

Irgendwann haben die anderen, unabhängig von ihrer Couleur festgestellt, dass wir engagiert, fleißig und kompetent sind und man deshalb nicht so ohne Weiteres zur Tagesordnung übergehen kann. Irgendwann musste man sich auch um unsere Themen, unsere ökologischen Inhalte kümmern. Wir haben Baumpflanzungen, Stadtbegegrünung, Verkehrsberuhigung, in der Kulturpolitik alternative Breitenkulturförderung als zentrale Themen gesetzt. Als wir damals gestartet sind, gab es kaum Radwege in der Stadt. Es gab hier keine Niederflerbusse, bzw. Niederflurstraßenbahnen. Es gab weder Radfahrwege, z.B. auf ehemaligen Bahntrassen, noch Radstationen, Fahrradboxen oder Einbahnstraßen, die für den Radverkehr auch in Gegenrichtung geöffnet sind. Es gab keine Aufpflasterungen oder Tempo 30 Zonen, die den Straßenverkehr

beruhigen konnten. Ich denke, gerade das Thema Radverkehr haben wir ziemlich ordentlich beachtet.

**Wan.:** Und wie waren die persönlichen Erfolgserlebnisse? Gab es denn in absehbarer Zeit einen vernünftigen Umgang mit den anderen Parteien?



**R.F.:**Erstaunlicherweise haben dann die Sozialdemokraten im Stadtbezirk II zuerst ihren Frieden mit uns geschlossen, so dass wir ab 1989 zwei Rot-Grüne Perioden in der Bezirksvertretung hatten. Die CDU-Kollegen taten sich allerdings gerade in der Anfangsphase noch sehr schwer, da gab es mit uns in der Verkehrspolitik sehr unterschiedliche Ansätze und große ideologische Vorbehalte. Insofern gab es auch zehn gute – rot-grüne Jahre.

**Wan.:** Im Angesicht all dieser Namen aus früheren politischen Konstellationen frage ich trotzdem noch mal nach der Atmosphäre. War es möglich, trotz aller politischen Streitpunkte und grundsätzlicher Differenzen nach den Sitzungen auch mal ein Bier miteinander zu trinken oder gab es so etwas gar nicht?

**R.F.:**

Da war die Rüttenscheider Bezirksvertretung immer schon ein bisschen anders. Es gab schon seit langem einmal im Jahr, einen privat finanzierten Ausflug zum Landtag oder zum Europaparlament oder wohin auch immer – und dort kam man sich näher beim Bier. Hier wurden Kontakte geknüpft und Dinge besprochen, die bei einer BV-Sitzung so nicht zu bereden waren. So nach und nach schmolz das Eis und wir kamen zusammen. Es gab freundschaftliche Kontakte auch zur CDU, insbesondere möchte ich hier erwähnen Josef Goldkuhle, den damaligen Fraktionssprecher, Herrmann-Josef Lenze und Herbert Baukhagel.

**Wan.:**

Hast du dir denn so etwas träumen lassen ?

**R.F.:**

Nein, ich auch nicht! Das war schon ein wirklich sehr langwieriger Prozess. Aber man muss auch wissen, dass es 1999 bei den Sozialdemokraten im Stadtrat an der Spitze Probleme gab. Ich darf daran erinnern, dass gegen den damaligen Fraktionsvorsitzenden staatsanwaltschaftliche Ermittlungen durchgeführt wurden. Es war schon sehr schwierig. Wenn eine Partei, egal welche Partei, mehr als vierzig Jahre am Stück regiert, ist einfach mal ein neuer frischer Wind nötig. Selbst wenn wir Grünen 40 Jahre regieren sollten, würde ich auch sagen, da muss mal frischer Wind rein.

**Wan.:**

Jetzt fragen wir aber erst einmal nach dem alten Grünen Wind. Wir haben über 25 Jahre kurz gestreift, eine ganze Menge persönliches Leben von Dir ist mit dabei. Kannst du dir denn vorstellen, noch ein weiteres Vierteljahrhundert kommunale Politik zu machen?

**R.F.:**

Solange meine Familie nicht streikt, solange meine Gesundheit mitmacht, würde ich es mir sogar glatt wünschen, weiter so engagiert zu sein. Ich bin ein „homo politicus“, wie einmal andere über mich geschrieben haben. Ich bin der radelnde Bürgermeister, ich bin jemand, der gerne für ein Quätschen zu haben ist, der glaube ich, ziemlich bürgernah ist. Ich höre an der Basis, was die Leute mir zu sagen haben. Ich versuche viel zu transportieren und der Spitzname des Kümmerers kommt ja nicht von ungefähr. So lange ich Lust habe – und die habe ich, solange ich noch gestalten und etwas bewegen kann, möchte ich dabei bleiben.

**Wan.:**

Man kann doch auch außerhalb der Kommunalpolitik gestalten und bewegen, vielleicht im Landesverband vom BUND oder von ATTAC. Möglicherweise wären das auch attraktivere Bereiche als innerhalb einer Stadt, deren Haushalt sicher noch über viele Jahre mehrstellige Millionenlöcher zu stopfen hat; deren Entscheidungen als Nothaushaltskommune vom Ja-Wort eines übergeordneten Regierungspräsidenten abhängen.

**R.F.:**

Ja, das könnte auch noch eine Möglichkeit sein, wenn gar nichts anderes mehr geht. Ich bin jetzt einer von 2 Grünen Bürgermeistern in NRW, die dem Vorstand des deutschen Städtetages angehören. Da kann man auf NRW-Ebene etwas bewegen. Ich bin einer der beiden Fraktionssprecher im Landschaftsverband in Köln, mache dort Schulpolitik für 42 Förderschulen, für Hör- und Sehgeschädigte Kinder. Ich bin sachkundiger Bürger im Regionalrat in Düsseldorf, im dortigen Verkehrsausschuss. Dort kann ich mein Hobbythema „Verkehr“ produktiv weiterführen. Ich bin ein großer An-

hänger der integrierten Gesamtverkehrsplanung. Dahinter verbirgt sich ein großes



Engagement für Busse und Bahnen. Hier bin ich der Meinung, dass wir da immer noch zu wenig machen. Alle Busse und Bahnen müssen barrierefrei sein. Auch behinderte, sehbehinderte und blinde Menschen müssen die Chance besitzen, an der Mobilität teilzunehmen. Da gibt es ein großes Nachholbedürfnis.

**Wan.:**

Das heißt aber auch, du bist fest und auch noch lange mit mindestens beiden Beinen im Kommunalmilieu verankert. Ideen,

dass du in der Landes- oder Bundespolitik aktiv werden könntest, das ist erstmal keine Perspektive für dich?

**R.F.:**

Nee, eine Perspektive sehe ich da nicht. Ich werde natürlich von vielen gefragt, warum ich denn mit diesem Kenntnisstand nicht auch Landtagsabgeordneter geworden bin. Dann wäre ich aber zu weit weg von meiner Familie. Meine Kinder sind jetzt 13 und 16 Jahre alt, die brauchen mich auch noch. Ich bin gerne zu Hause, gerne bei meiner Familie. Das ist ein wichtiges Thema, wenngleich meine Tochter letztens schon gesagt hat: „Papa, wenn ich gewusst hätte, dass du als Bürgermeister so viel weg bist, dann hätte ich dem vielleicht doch nicht zugestimmt.“

**Wan.:**

Es gibt also neben der Politik tatsächlich eine Familie. Wir hatten gerade das Stichwort, wenn man als Grüner - oft als parlamentarischer Einzelkämpfer - etwas erreichen will, muss man viel Zeit investieren. Ist denn genug Zeit für die Familie übrig geblieben, oder gibt's böse Gesichter, wenn der Papa so oft nicht da ist?

**R.F.:** Klar, gibt's böse Gesichter, weil man nicht alle Erwartungen erfüllen kann. Gerade was die Anwesenheit angeht, muss man in guter Disziplin einen Terminkalender bauen. Man muss versuchen, ebenso bei den Fußballspielen des Sohnes, wie bei den Tanzveranstaltungen der Tochter dabei zu sein, bei den Theateraufführungen oder Musikabenden in der Schule. Aber demnächst hab ich ein bisschen Luft, denn meine Tochter möchte ein halbes Jahr nach Lateinamerika gehen.

**Wan.:**

Viel Luft wäre für die Familie doch zumindest in den Urlaubszeiten vorhanden. Wo geht's da hin, wahrscheinlich doch mit der ganzen Familie in bestimmte fahrradfreundliche Gegenden?

**R.F.:**

Letztes Jahr waren wir zum Wandern und Fahrradfahren in der Bretagne. Dieses Jahr wird es wohl eine Radtour an die Ostsee oder Nordsee geben. Da sind wir noch unentschlossen – auf jeden Fall wollen wir Fahrradfahren, um dann an einem schönen Ort länger zu bleiben.

**Wan.:**

Es gibt nicht wenige Familien, wo die Kinder, wenn die Eltern sich z.B. in ökologischen Fragen, für Radverkehr und Umweltschutz stark machen, sagen, wir wollen jetzt unseren ganz anderen Bereich haben. Umweltschutz – ach, geh uns weg -, wir machen ganz was anderes! Habt ihr das besser hingekriegt?

**R.F.:**

Das ist eine gute Frage. Frag mich in 5 Jahren noch mal, Walter! Im Moment würde ich sagen, dass es bei meiner Tochter auf jeden Fall klappt. Die ist sehr ökologisch, unterstützt mich auch bei den Grünen im Wahlkampf. Bei meinem Sohneemann wissen wir noch nicht genau, wohin die Reise geht, aber ich glaube, die Sympathien sind da. Als ich ihn letztens fragte, willst Du zur Bundeswehr gehen, sagte er: „Nee, ich will doch nicht als Leichensack aus Afghanistan zurückkommen.“ Also der überlegt sich schon sehr klar, ein freiwilliges ökologisches Jahr oder Zivildienst im ökologischen Bereich zu absolvieren. Da war ich doch stolz.

**Wan.:**

So etwas ist sicher ein gutes Zeichen, trotz der vielen Politikzeit außerhalb der Fami-

lie. Gehen wir mal etwas näher an die Gegenwart heran. Für Dich, für die grüne Partei in Essen war sicherlich 2004 mit dem Beginn dieser Legislaturperiode im Stadtrat ein großer Bruch festzustellen. Seit Herbst 2004 gibt es die schwarz-grüne Kooperation, immerhin in einer der größten Städte der Bundesrepublik. Zur großen Überraschung hat sie recht geräuschlos, wie konfliktarm agiert.

Für den persönlichen Umgang miteinander muss es aber doch eine riesige Umstellung gewesen sein. Solange vorher war Grün immer Opposition, daran gewöhnt, wahrscheinlich die besseren Anträge und Konzepte zu haben, sie aber nicht umsetzen zu dürfen. All die Anträge für bessere Sozial- oder Flüchtlingshilfe, für erweiterten Öffentlichen Personennahverkehr konnten gestellt werden, ohne wirklich genau nachweisen zu müssen, wie sie denn bezahlt werden oder juristisch durchzusetzen sind.

**R.F.:**

Das ist eine gute und schwierige Frage zugleich. Das ganze wird noch zugespitzt dadurch, dass ich ja in der Landschaftsversammlung Rheinland in einer Ampel-Koalition tätig bin. Dass ich also mit SPD, FDP und Grünen in einem Boot sitze, um dort Politik zu bestreiten. Dann habe ich in der Kommune Essen den anderen Schwarz-Grünen Hut auf. Das ist schon an der einen oder anderen Stelle nicht so ganz einfach. Es wird aber wieder einfach, wenn man Grüne Inhalte durchsetzen will. Und dafür stehe ich ja: Grüne Inhalte im ökologischen und sozialen Bereich. Man möchte mit Grünen Projekten auch die Grüne Handschrift sichtbar machen. Jeder weiß, dass ich im Bereich Umwelt, Bauen und Verkehr besonders engagiert bin. Neue Akzente möchte ich bei den Themen „erneuerbare Energie“, „Fotovoltaik“, „Biomasse“, und „Geothermie“ setzen, deren Förderung steht bei mir ganz oben auf der Agenda. Im Bereich „Verkehr“ waren die Umweltzonen natürlich ein ganz heftiges Thema. Das ganze funktioniert mit der CDU insbesondere vor dem Hintergrund, dass die Chemie stimmt. Die handelnden Personen müssen zusammen passen. Sie müssen sich verstehen und sich auch gegenseitig zuhören – ganz wichtig in der Politik. Das funktioniert und die ganz großen politischen Streitthemen mit der CDU sind bundespolitischer Natur. Die haben wir ausgeklammert. D.h. in der A52-Diskussion, in der Ruhrallee Autobahnfrage und auch in der Frage des Riesenparkplatzes an der Lilienthalstraße gehen wir weiterhin getrennte Wege.

Wir Grüne lehnen den Weiterbau der Autobahn A52 ebenso wie einen Ruhralleetunnel ab. Wir wollen natürlich auch keinen Großparkplatz mit unterirdischem Gaslager im Landschaftsschutzgebiet am Flughafen haben. Erfreulicherweise sind wir bei dem großen wichtigen Thema „Flughafen Essen/Mülheim“ einer Meinung – hier ziehen CDU und Grüne gegen den Flughafenausbau an einem Strang. Auch gegen eine weitere Startbahn am Flughafen Düsseldorf gehen Essener Grüne und CDU gemeinsam vor, weil wir der Meinung sind, dass im Essener Süden zwischen Bredeney und Kettwig schon jetzt viel zu viel Fluglärm existiert. Im Essener Norden haben wir überraschenderweise auch gemeinsame Ziele: Wir brauchen Verkehrskonzepte, wir müssen die Bewohner in Vogelheim, am Stadthafen deutlich entlasten. Beim Konjunkturpaket der Bundesregierung haben wir Akzente gesetzt, indem wir gesagt haben, dass in den dortigen Hauptstraßen Flüsterasphalt eingebaut werden soll, um damit die Lärmbelastung in etwa zu halbieren. Natürlich das nicht das Maximum dessen, was wir uns vorstellen können, aber doch immerhin ein Weg. Bei der Zeche Carl haben wir ebenfalls Flagge gezeigt, indem wir sagen, sie muss als Kulturbetriebsstandort erhalten bleiben. Wir brauchen Zeche Carl, so dass wir im Konjunkturpaket auch hier eine Million € eingesetzt haben.

**Wan.:**

Da war allerdings eine Menge Glück dabei. Das Konjunkturpaket ist Schwarz-Grün sozusagen positiv vor die Füße gefallen, um kurz vor Ende der Legislaturperiode noch wichtige Projekte zu beginnen.

**R.F.:**

Fortune muss man auch haben. Ich muss sagen, wir hatten überhaupt während dieser schwarz-grünen Legislaturperiode Fortune. Z.B. als es darum ging, was wir mit dem Folkwangmuseum machen sollten, weil uns die Brandschutzkosten davon liefen. Da kam das Geschenk der Alfred Krupp von Bohlen und Halbach-Stiftung mit Berthold Beitz an der Spitze genau rechtzeitig. Wir hatten Glück mit der Entschei-

derung pro Kulturhauptstadt 2010, denn nur so konnten wichtige Projekte in Essen auf den Weg gebracht werden. Ich erinnere an den Umbau des Hauptbahnhofs für über 50 Mio €; an die Entscheidung von Thyssen-Krupp, die neue Konzernzentrale an die Altendorfer Straße zu legen und das dann mit dem neuen Krupp-Park zu flankieren. Ich schaue auf die Entscheidung von EON-Ruhrgas, in Essen die neue Konzernzentrale zu bauen. Insofern hatten wir viel Glück. Ohne eine geschickte Stadtplanung im Vorfeld sind aber in der Sekunde der Entscheidung solche Großvorhaben trotzdem nicht umsetzbar.

**Wan.:**

Sehr viele Dinge sind also in der Pipeline. Eine Menge der ersten Spatenstiche oder Wiedereröffnungen durchrenovierter Stadtbäder werden aber außerhalb dieser Legislaturperiode stattfinden. Es könnte natürlich sein, dass im Herbst die Mehrheiten ganz andere sind und wunderschöne Eröffnungsreden schon von ganz anderen Leuten gehalten werden. Wie gehst du mit dieser Unsicherheit um?

**R.F.:**

Tja, das ist halt das Schicksal des Kommunalpolitikers, dass Früchte, die der eine gesät hat, möglicherweise von anderen geerntet werden. Da muss man mit sich selbst im Reinen sein. Wir haben das vorbereitet, die Weichen gestellt, um z.B. bestimmte Stadtbäder zu sanieren. Es wird modernisiert, energetisch ertüchtigt. Die Betriebskosten werden gesenkt, aber gleichzeitig müssen einige marode Einrichtungen geschlossen werden. Ich darf daran erinnern, wir haben nicht mehr 740.000 Einwohner, wie noch in den siebziger Jahren. Wir haben nur noch 583.000 Einwohner und durch den Sterbeüberschuss etwa 1.500 Einwohner pro Jahr weniger. Da muss sich die Infrastruktur einfach den verringerten Zahlen anpassen.

**Wan.:**

Und Rolf Fliß darf ein neues Lebensjahrzehnt beginnen. Da passt es natürlich gut, dass im Herbst eine neue Legislaturperiode beginnt. Vielleicht gibt es neue Mehrheiten, vielleicht bleiben auch die alten Mehrheiten bestehen. Hast du dir für diese Zeit auch persönlich etwas Neues vorgenommen, willst du Dinge anders angehen? Oder meinst du, da war alles schon richtig, weitermachen wie bisher ist die Devise?

**R.F.:**

Ich werde die Sommerferien nutzen, um noch einmal eine „Tour de Raison“ zu machen, grundsätzlich zurückzuschauen, zu sortieren und alles neu zu ordnen. Die hoffentlich wiederkommenden Verhandlungen mit einem Kooperationspartner müssen vorbereitet werden. Wir Grünen gehen mit einer offenen Aussage in den Wahlkampf. Wir wollen grüne Inhalte durchsetzen- mit wem auch immer. Wir wollen die Grüne Handschrift sichtbar halten und durchsetzen. Das kann mit der SPD genauso sein, wie mit der CDU, weil wir auf jeden Fall auch für die Stadt Essen eine Große Koalition verhindern wollen. Eine große Koalition funktioniert nicht, wie wir es gerade in der Bundesregierung erleben. Das aktuelle Theater in Berlin macht deutlich, dass dort nichts Konstruktives mehr herauskommen kann.

Deswegen sollten wir auf kommunaler Ebene die Möglichkeiten für eine Grüne Handschrift in der ÖPNV-Politik, dem sozialen und ökologischen Bereich, dem Energiesektor und auf jeden Fall auch in der Bildungspolitik, in der wir bereits wichtige Akzente gesetzt haben, weiter sichtbar machen. Wir wollen nicht nur in Beton und Asphalt investieren. Beim Stichwort „Konjunkturpaket“ müssen wir auch in Köpfe investieren. Dazu brauchen wir mehr und besser qualifiziertes Personal, zusätzliche Pädagogen und Psychologen an schulischen Einrichtungen. Die Kinder und Jugendlichen sind unsere Zukunftsinvestition, die müssen nachhaltig Großwerden können. - Und zwar nicht in einem Klima von Angst, Sorge, von sozialer Not und Verunsicherung, sondern mit einem klaren Konzept. Dabei glaube ich, sind wir Grüne sehr gut aufgestellt.

**Wan.:**

Zum Schluss möchte ich wissen: Dieses Ehrenamt als Bürgermeister scheint dir Vergnügen bereitet zu haben. Ich stelle mir vor, du würdest in dieser Position auch in der nächsten Runde gerne weitermachen?

**R.F.:**

Das stimmt, wenn mir der Souverän, der Wahlbürger noch einmal diese Chance geben sollte, würde ich mich sehr freuen.

**Wan.:**

Ich wünsche viel Erfolg – und vielleicht schaffst du ja ein weiteres halbes Hundert.

**R.F.:**

Vielen Dank für die guten Wünsche!



Rolf Fliß bei einer Pflanzaktion mit Schülerinnen und Schülern des Helmholtzgymnasiums 2006.

## **Jahreshauptversammlung: GRÜNE wählen ihre BundestagskandidatInnen in der Zeche Carl**

Die WahlkreiskandidatInnen der GRÜNEN für die Bundestagswahl im September werden am 1. April auf der Jahreshauptversammlung in der Zeche Carl gewählt. Es kandidieren Ute Hegener (Nordwahlkreis) und [Kai Gehring](#) (MdB, Südwahlkreis).



[Bewerbung  
Ute Hegener \(pdf\)](#)



[Bewerbung  
Kai Gehring \(pdf\)](#)

[Einladung zur Mitgliederversammlung \(pdf\)](#)

[Tagesordnung \(pdf\)](#)

### **Atomprotest gegen RWE am 22. 4. 2009 (Mi) vor der Grugahalle ab 8.00 Uhr**

Zur Jahreshauptversammlung des RWE gibt es eine gemeinsame Protestaktion von Urgewalt, attac, GRÜNEN, Umweltverbänden u. a. GRÜNE rufen zur Teilnahme auf. Die Aktion dauert bis ca. 11.00 Uhr. Im Brennpunkt stehen die Atompläne des RWE - Stichwort Belene - wie auch die Kündigung der Atomausstiegspläne des RWE in der

BRD entgegen der gemeinsamen Vereinbarung. Ein Aufruf zum Protest trägt das Motto „Essen verlässt das RWE – Stromanbieter wechseln!“



## Post aus Berlin - März 2009 - Kai`s Brief

Liebe Freundinnen und Freunde,

**der Amoklauf von Winnenden hat uns alle geschockt, seine Nachwehen, die Bilder der Albertville-Realschule, zum Teil auch die Berichterstattung der Medien! Den Opfern, ihren Angehörigen und Freunden sowie der Stadt gilt unser aufrichtiges Mitgefühl und unsere Solidarität.**

Reflexartige und aktionistische Nonsens-Forderungen werden den furchtbaren Ereignissen aber nicht gerecht. Eindimensionale Lösungsvorschläge geben keine angemessene Antwort auf die Komplexität von Amokläufen. Entscheidend und besonders wirksam für die Prävention solcher Taten ist eine „Kultur des Hinsehens“ im sozialen Umfeld. Das wichtigste Frühwarnsystem sind aufmerksame Eltern, Freunde, Mitschüler/innen und Lehrkräfte.

Meine Überlegungen habe ich in einem kurzen Thesenpapier gebündelt. In der aktuellen Stunde zum Amoklauf im Plenum des Bundestages, die von den Regierungsfractionen beantragt worden war, bin ich der Redner der Grünen gewesen – meinen Beitrag findet ihr hier.

Obwohl Winnenden die politische Agenda der letzten Woche bestimmt hat, haben uns auch weitere wichtige Fragen beschäftigt. Dabei bleibt die internationale **Finanzmarktkrise** das bestimmende Thema in den politischen Beratungen. Auf dem Europäischen Rat am 19. März wollten die Staats- und Regierungschefs Lösungen für die Wirtschafts- und Finanzkrise aufzeigen. Die **Bekämpfung des Klimawandels** und

Energiesicherheit wurden dabei hinten angestellt. Aber ein "Weiter so" führt schnurstracks in die Sackgasse. Klima-, Wirtschafts- und Finanzkrise müssen endlich gemeinsam gelöst werden – unsere Forderungen an den Rat und das Handeln der Bundesregierung sind [hier](#) nachzulesen.

Was für die europäische Ebene gilt, hat natürlich auch Relevanz für die Bundesrepublik: Die ökologische Modernisierung unserer Wirtschaft ist der Schlüssel für die Zukunft unseres Landes. Nur so erkämpfen wir uns einen vorderen Platz in der Weltwirtschaft von morgen. Mit einer **konsequenten Ökologienpolitik** können wir bis 2020 3 Millionen Arbeitsplätze schaffen. Wie die Krise auch als Chance genutzt werden kann, haben wir [hier](#) skizziert.

In diesem Zusammenhang war auch die **Causa Opel** Gegenstand der Diskussionen: Soll es Staatsknete für den maroden Konzern geben oder nicht? Damit Opel mit Steuergeldern unterstützt werden kann, muss es ein tragfähiges Zukunftskonzept geben. Als Fraktion haben wir uns hier klar [positioniert](#).

Zum Schluss möchte ich noch kurz auf die in der letzten Woche vorgestellte Studie **"Jugendliche in Deutschland als Täter und Opfer von Gewalt"** eingehen. Die Studie belegt ganz klar: Jugendgewalt ist ein leicht rückläufiges Phänomen und viele Vorurteile der Konservativen werden widerlegt. Das Kernergebnis: Nur konsequente Prävention kann wirksam und nachhaltig zur Verhinderung von Jugendgewalt beitragen! Meine Pressemitteilung findet sich [hier](#), das dazugehörige Medienecho [hier](#) und [hier](#).

In diesem Sinne, viele Grüße aus Berlin,

euer

:> Kai (Kai Gehring(MdB))

